

Bekanntmachung

Die 05. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung findet am Mittwoch, den 13.10.2021 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Hinweis:

Die Vorgaben der aktuellen Landesverordnungen in Bezug auf die Corona-Pandemie schränken die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Sitzung ein. Um dem Informations- und Kontrollrecht der Öffentlichkeit nach Kommunalverfassung M-V zu entsprechen, besteht neben der Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Teil der Bürgerschaftssitzung für Pressevertreter die Teilhabe weiterer Gäste unter folgenden Bedingungen:

- die Teilnehmerzahl ist aufgrund der Abstandsregelung begrenzt
- die Sitzplätze sind im Abstand von mindestens 1,5 Metern zueinander angeordnet
- das Tragen von medizinischen bzw. FFP2 Masken im Rathaus ist vorgeschrieben
- die Pflicht zum Tragen der Maske während der Sitzung entfällt bei Einnahme des Sitzplatzes
- die Angabe der Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) ist verpflichtend, diese unterliegen einer Plausibilitätsprüfung

Weitere Einschränkungen / Änderungen bleiben vorbehalten.

Ausdrücklich erfolgt der Hinweis, dass Personen, die erkrankt sind oder Symptome einer Erkrankung (insb. Fieber, Husten) aufweisen, nicht zur Sitzung erscheinen.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 15.09.2021
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Maßnahmen zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit, sowie zur Verhinderung des wilden Parkens auf und neben der Zufahrt zum Freibad
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: AN 0149/2021
 - 4.2 Vergabe von Handwerker-Parkkarten
 - 4.3 Verkehrsberuhigung durch bauliche Maßnahmen
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Ann Christin von Allwörden
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 15.09.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Marco Schröder

Mitglieder

Frau Kerstin Chill

Herr Mathias Miseler

ab 17:08 Uhr

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Achim Stuhr

Vertreter

Herr Mario Gutknecht

Vertretung für Herrn Frank Fanter

Frau Anett Kindler

Vertretung für Herrn Axel Peters

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Heino Tanschus

Gäste

Frau Jutta Lüdecke

Frau Claudia Lorenz

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 18.08.2021
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Vandalismus auf der Halbinsel Devin
 - 4.2 Abstimmung Antrag Silvesterfeuerwerk
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind zu Beginn der Sitzung 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 18.08.2021

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 18.08.2021 wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Vandalismus auf der Halbinsel Devin

Frau von Allwörden führt aus, dass bekannt geworden ist, dass auf der Halbinsel immer wieder Bänke und Mülleimer zerstört werden. Sie erfragt, inwieweit die Vorfälle der Verwaltung bekannt sind.

Herr Tanschus verweist auf die Landesverordnung über das Naturschutzgebiet Halbinsel Devin vom 15.07.1993. In der Verordnung sind Ver- und Gebote geregelt, welche nach der Kreisgebietsreform von 2011 von der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises kontrolliert und umgesetzt werden. Die Flächen, die der Hansestadt Stralsund gehören, sind verpachtet. Auch das Mobiliar und die dort befindlichen Schilder gehören nicht der Hansestadt.

Auf Nachfrage von Frau Kindler erklärt Herr Tanschus, dass ihm bekannt ist, dass Herr Kossendey und die zuständigen Mitarbeiterinnen des Landkreises im Austausch stehen. Leider werden von Seiten des Landkreises keine flächendeckenden Kontrollen in dem betreffenden Gebiet durchgeführt. Herr Tanschus empfiehlt, die Situation noch einmal im Kreistag anzusprechen und dass Herr Kossendey sich noch einmal an den Landkreis wendet.

Die Ausschussvorsitzende beantragt Rederecht für Frau Claudia Lorenz.

Das Rederecht wird einstimmig erteilt.

Frau Lorenz berichtet, dass sie als ehrenamtliche Naturschutzwartin auf der Halbinsel Devin tätig ist. Mehrere Anfragen in diesem Jahr, mit denen die Schutzwarte/innen auf ihren Kontrollgängen um Begleitung durch die Polizei gebeten haben, wurden abgelehnt und es wurde auf das Ordnungsamt verwiesen. Kontrollgänge alleine sind nicht mehr möglich, da die Aggressionen der Besucher/innen nach Hinweisen auf Verstöße deutlich zugenommen haben. Herr Tanschus weist darauf hin, dass der Hinweis der Polizei auf die zuständige Behörde des Landkreises abzielt und nicht auf das Ordnungsamt der Hansestadt Stralsund.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, schließt Frau von Allwörden den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Abstimmung Antrag Silvesterfeuerwerk

Frau von Allwörden verliest den in den Unterlagen befindlichen Antrag.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, bei der Aufzählung der Verbreitungswege ein „zum Beispiel“ zu ergänzen, damit die Verwaltung freier entscheiden kann. *(Zum Beispiel mit Infoblättern, Pressemitteilungen, Informationen im Amtsblatt und den Social-Media-Kanälen der Stadt, soll auf die Gefahren (Verletzungsgefahr, Umweltbelastung, hohe Lärmentwicklung, Auswirkungen auf Tiere) hingewiesen werden.)*

Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, folgenden Satz aus der Begründung in den Beschlussvorschlag zu übernehmen: *Gleichzeitig wird zu dem städtischen Molenfeuerwerk eingeladen.*

Aufgrund der Digitalisierung und des Umweltgedankens ist Frau Chill der Auffassung, dass Infoblätter gestrichen werden sollten.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, Infoblätter zu streichen und Plakate in die Aufzählung aufzunehmen.

Frau von Allwörden stellt den Antrag mit den genannten Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Antrag wird in der geänderten Form, in die Bürgerschaft am 21.10.2021 eingebracht.

Die Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Frau von Allwörden informiert, dass der Bundesinnenminister Horst Seehofer verkündet hat, dass auf dem Dänholm ein 2. Standort der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung entstehen wird.

Es sollen 100 Arbeitsplätze entstehen und ca. 10.000 Lehrgangsteilnehmende jährlich geschult werden.

Herr Seehofer hat erklärt, dass geplant war, ein zusätzliches Kompetenzzentrum in den neuen Bundesländern zu schaffen, welches nicht an die großen Metropolen wie Berlin angrenzt.

Frau Kindler teilt mit, dass an ihre Fraktion die Frage herangetragen worden ist, ob Hebammen ebenfalls Handwerkerparkkarten erhalten können, um im Sommer in der Innenstadt einen Parkplatz zu bekommen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die Gesamtproblematik mit den Handwerkerparkausweisen auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen aufzunehmen. Hierzu soll der zuständige Abteilungsleiter Herr Bogusch eingeladen werden. Spezielle Fragen zu der Thematik bittet Frau von Allwörden im Vorfeld der Sitzung an die Geschäftsführung des Ausschusses zu schicken.

Auf die Information von Frau Kindler, dass auf Höhe des „Lara“ samstags immer Autos abgestellt werden erklärt Herr Tanschus, dass die Mitarbeiter des Ordnungsamtes auch am Wochenende im Dienst sind. Es allerdings nicht möglich ist, an allen Orten der Stadt gleichzeitig zu sein. Der Leiter des Ordnungsamtes betont, dass es ihm wichtig ist, dass im gesamten Stadtgebiet Kontrollen durchgeführt werden und nicht nur in der Altstadt. Gleichwohl ist ihm bewusst, dass der Parkdruck in der Altstadt hoch ist und von einigen das Verwarngeld auch bewusst in Kauf genommen wird.

Herr Tanschus ist von der Motivation seiner Mitarbeiter überzeugt und hebt hervor, dass diese gute Arbeit, unter nicht immer einfachen Bedingungen, leisten.

An Frau Chill wurde herangetragen, dass im Wohngebiet Tribseer Wiesen, besonders im Bereich Wiesenwegmoor, viele Autofahrer/innen die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht einhalten. Sie fragt, ob hier bauliche Maßnahmen vorgenommen werden können. Frau von Allwörden schlägt vor, das Thema „Verkehrsberuhigung durch bauliche Maßnahmen“ in der nächsten Sitzung zu beraten.

Herr Tanschus ergänzt, dass in der von Frau Chill genannten Straße in der Regel nur Anwohner mit ihren Autos fahren. Herr Schröder führt aus, dass Wiesenwegmoor als Spielstraße gekennzeichnet ist, sich aber auch im Kleeweg nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung gehalten wird.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte und Frau von Allwörden schließt die Sitzung.

gez. Ann Christin von Allwörden
Vorsitzende

gez. Gaby Ely
Protokollführung

Titel: Maßnahmen zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit, sowie zur Verhinderung des wilden Parkens auf und neben der Zufahrt zum Freibad
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 14.09.2021
Einreicher: Buxbaum, Bernd	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	23.09.2021	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu veranlassen, dass durch geeignete bauliche Maßnahmen (versetzen der vorhandenen großen Steine, aufstellen von Rabattengeländer) das Parken auf bzw. neben der Zufahrt zum Freibad und auf bzw. neben dem Radweg verhindert wird.
2. Der Platz neben dem Versorgungskiosk und der Strandkorbvermietung ist baulich so herzurichten, dass er nur durch Befugte nutzbar, wie z.B.: Anlieferverkehr, Servicefahrzeuge, Kioskbetreiber, ist.
(Ein Parkplatzsperrbügel, umklappbar - siehe Foto - oder eine Kette könnte geeignet sein)
3. Mittels Beschilderung, z.B. „Nur für Anlieger“ oder „Keine Wendemöglichkeit“ sollen die ortsunkundigen Besucher, welche mit PKW anreisen, künftig abgehalten werden die Zufahrt zum Freibad bis zum Küstenradwanderweg zu befahren.

Begründung:

Zunehmend, insbesondere bei schönem Wetter fahren manche Besucher des Freibades mit ihren PKW's bis zum Küstenradwanderweg hinunter und parken ihre Fahrzeuge teils auf den unbefestigten Randstreifen des Küstenradwanderweges, teils auf der Zufahrt zum Freibad und teils auch auf den drei Behindertenparkplätzen beim Hubschrauberlandeplatz. (siehe beigefügte Fotos)

Nicht nur dass diese Unsitten bzw. Ordnungswidrigkeiten störend sind, sondern sie verursachen nicht selten auch noch einen „Parksuchverkehr“ auf der Zufahrt zum Freibad. Besonders belästigend ist dieser „Parksuchverkehr“ für die Besucher des Freibades und die Nutzer des Küstenradwanderweges.

Dass bauliche Maßnahmen zum unterbinden von rücksichtslosen Parken wirkungsvoll sein

können, ist deutlich an dem Stück des Küstenradwanderweges vom Freibad bis zum DLRG Gebäude zu erkennen wo anfänglich, auch teils, neben dem Radweg geparkt wurde. Mittels Rabattengeländer wird dort der Grünstreifen geschützt.

Eine kostenlose Parkplatزالternative für die Strandbesucher befindet sich in 550 bis 850 Meter Entfernung. Es ist der großzügige Parkplatz vor dem Ärztehaus an der Schwedenschanze.

Sollten diese Maßnahmen Erfolg haben, können die Ordnungskräfte der Stadt entlastet werden, da Kontrollen an diesem Ort nicht mehr so oft nötig sind.

Finanzielle Auswirkungen:

Die notwendigen Kosten, sind aus dem Laufenden Haushalt 2021, Produkt 54.1.01, Gemeindestraßen, 52338000 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen zu finanzieren.
(Haushalt Seite 496)

Ansonsten sind die notwendigen Ausgaben für die Haushaltsplanaufstellung für 2022 zu berücksichtigen.

TOP Ö 4.1

Bilder zum beschriebenen Sachstand:





TOP Ö 4.1

Beispiele für Parkplatzsperrbügel:

